



Landrätin Denis Jüsgen (vordere Reihe 2.von rechts) sowie ihre Beigeordneten Noah Merten (von links), Lea Breuer und Philipp Schabowski hatten es nicht einfach, die lebhafte Diskussion im Jugendkreistag zu leiten.

Foto: Jochen Tarrach

Gymnasiasten machen Kreispolitik

Projekt Demokratie in der Praxis - Was 60 Schüler unter Bürgerbeteiligung verstehen

Von unserem Mitarbeiter
Jochen Tarrach

■ **Kreisstadt.** Demokratie ist keine einfache Angelegenheit. Trotz der schönsten Kompromisse gibt es immer wieder Menschen, die sich mit einem gefassten Beschluss der gewählten Gremien nicht einverstanden erklären und sich nicht vertreten fühlen. Das war nur eine wertvolle Erkenntnis, welche die Schülerinnen und Schüler des Projektkreises „Kommunalpolitik“ der neunten Klassen des Peter-Joerres-Gymnasiums (PJG) gestern gewannen. Begrüßt vom Ersten Kreisbeigeordneten Horst Gies und Büroleiter Erich Seul hatten die knapp 60 jungen Leute gemeinsam mit ihren Lehrern, Oberstudienrätin Susanne Wessels und Studienrat Ilmar Degen, innerhalb ihres Projekttages in der Kreisverwaltung die Aufgabe, eine eigene Kreistagssitzung zum Thema „Bürgerbeteiligung“ durchzuführen.

„Wir haben dieses Angebot gern angenommen, es passt wunderbar in unseren Unterricht“, so Ilmar Degen. Obwohl alle Teilnehmer, aufgeteilt in die realen Fraktionen des Kreisgremiums, die unterschiedlichen Positionen der Parteien darstellen sollten, entwickelte sich daraus bald eine fraktionsübergreifende Debatte, in der sehr schnell

46 Mitglieder, fünf Parteien, FWG und AfA

Der Kreistag Ahrweiler ist die Vertretung der Bürger des Landkreises Ahrweiler. Er legt „die Grundsätze für die Verwaltung des Landkreises fest und beschließt über alle Selbstverwaltungsangelegenheiten des Kreises, soweit er die Entscheidung nicht einem Ausschuss

übertragen hat oder soweit nicht der Landrat kraft Gesetzes zuständig ist oder der Kreistag ihm Angelegenheiten zur Entscheidung übertragen hat“. Dem Kreistag Ahrweiler gehören 46 Mitglieder sowie der Landrat an. Stärkste Fraktion im 2014 neu gewählten Kreistag ist

klar wurde, welche Meinungsvielfalt unter einen Hut gebracht werden musste.

Solche Projektstage Kommunalpolitik finden bereits seit mehreren Jahren auf Anregung der Fraktionen des Kreistages statt, um den jungen Menschen einen Einblick in die demokratischen Entscheidungswege der Kommunalpolitik zu vermitteln. Aufgezeigt wurde auch, dass man alle Dinge nicht allein durch die eigene Brille sehen darf. In der neunten Klasse sei pro Woche lediglich eine Schulstunde für politische Bil-

die CDU mit 21 Abgeordneten. Neun Kreistagsmitglieder stellt die SPD, je fünf FWG und Grüne, zwei die FDP, eine die Partei „Die Linke“. Drei Sitze eroberte die AfD, die nach dem Parteiaustritt aller drei Kreistagsmitglieder als Alternative für Ahrweiler (AfA) firmiert.

dung vorgesehen, in der zehnten Klasse steigere sich das dann auf zwei Stunden, berichteten die beiden Pädagogen.

„Eine gute Sache hier, man bekommt das sonst gar nicht so mit“, urteilte Felix Menzel aus Remagen über den praktischen Projekttag. Florian Jakobs aus der Kreisstadt fand es beeindruckend, eine Kreistagssitzung einmal zu erleben und zu sehen, wie das so praktisch abläuft. Bereits am Freitag hatten sich die Schülerinnen und Schüler als Zuhörer zur richtigen Kreistagssitzung eingefunden. Gestern hatte „Landrätin“ Denis Jüsgen mit ihren „Beigeordneten“ Lea Breuer, Noah Merten und Philipp Schabowski viel zu tun, die Diskussion in geordneten Bahnen zu halten.

Heiß diskutiert wurde, ob die Bürgerbeteiligung nicht schon mit 14 Jahren beginnen sollte. „Jugendliche wissen selbst, was gut für sie

ist“, so die eine Position. Und dagegen: „Mit 14 Jahren ist man noch nicht so entscheidungs- und verantwortungsfähig, wird oft beeinflusst und hat dann ein falsches Bild.“

„In der neunten Klasse ist pro Woche eine Schulstunde für politische Bildung vorgesehen, in der zehnten Klasse steigert sich das dann auf zwei Stunden.“

Studienrat Ilmar Degen unterrichtet am PJG die politische Bildung.

Ganz extrem war die Position, dass 50- bis 65-Jährige zum Beispiel über den Schülerverkehr nicht mehr mit abstimmen dürften, da hätten sie keinen Einblick mehr. Jeder solle nur darüber abstimmen, was ihn auch etwas angehe. Doch da kam gleich die Frage auf, wen was angehe und wen nicht? So wurde ganz ernsthaft lange hin und her diskutiert und dabei gelernt, wie schwierig es ist, gerechte Entscheidungen zu treffen. Schließlich einigte man sich darauf, dass bereits 14-Jährige ein Bürgerbegehren einreichen dürfen, wenn sie 5600 Befürworter finden.

Beruhigend: Abstimmen dürfen dann nach Beschluss des Jugendkreistages ausnahmslos alle Altersklassen.